

Eine Fusion ist kein Spaziergang

Plädoyer für eine sachgeprägte Diskussion

von René Rhinow

Es gibt offensichtliche gute Gründe für eine Fusion der beiden Basel. Denn der – teilweise gut funktionierenden - Partnerschaft ist der Elan verloren gegangen. Sie ist stecken geblieben, obwohl wichtige Bereiche, wie etwa der öffentliche Verkehr sowie das Spital- und Schulwesen, partnerschaftsbedürftig und ausbaufähig wären. Doch bringt eine Fusion auch politische „Kosten“ und Nachteile mit sich. Es kann auch die Frage gestellt werden, ob Baselland heute für eine Fusion ausreichend „gerüstet“ ist. Jedenfalls empfiehlt sich, jenseits von Fusionseuphorie und Selbständigkeitsrhetorik, die sich stellenden Probleme nüchtern zu diskutieren. Dabei erweist es sich als zweckmässig, die Erfahrungen aus den Wiedervereinigungsbemühungen der sechziger Jahre des letzten Jahrhunderts beizuziehen. Auch wenn sich seither vieles geändert hat, ist die Welt nicht neu erfunden worden.

Umstrittene Probleme

Vorerst ist zu unterstreichen, dass der Fusionsprozess einen grossen Arbeits- und Zeitaufwand mit sich bringt und das „politische Personal“ auf längere Zeit absorbiert – mit Auswirkungen auf die laufende Politik, die ja nicht stillsteht. Die Arbeit eines gemeinsamen Verfassungsrates kann gut 7 - 10 Jahre dauern. Diese Arbeit ist in hohem Masse konfliktanfällig, denn es geht nicht nur um eine neue Verfassung, auch nicht nur um eine gegenseitige „Angleichung“ der Gesetze, sondern um eine Suche nach Konsenslösungen in umstrittenen Fragen, mit denen beide Kantone leben können, was sich vor allem auf der Gesetzesebene manifestiert. Der Verfassungsrat wird nicht darum herumkommen, Grundzüge der gemeinsamen Gesetzgebung zu erlassen, wie das beim letzten Mal der Fall war - die Stimmbürger wollen keiner Katze im Sack zustimmen. In beiden Kantonen muss am Ende das Volk davon überzeugt werden können, dass mit der Fusion für die Bürger und Bürgerinnen selbst ein echter Fortschritt erzielt wird und keine neuen Nachteile (wie zB. höhere Steuern, mehr Verwaltungsaufwand, weniger Stimmkraft) eingehandelt werden. Denn die definitive Zustimmung in den Volksabstimmungen über die neue Verfassung und die Grundzüge der Gesetzgebung ist nicht gesichert, wie die Abstimmung in Baselland 1969 gezeigt hat, als vor allem im Unterbaselbiet eine überraschend hohe Nein-Stimmenzahl von 40 Prozent resultierte. Eine besondere Knacknuss stellt die Bildung einer (bislang nicht existierenden) Einwohnergemeinde Basel dar, denn es werden Kompetenzen, Vermögen und Steuern zwischen Kanton und Stadtgemeinde neu ausgeschieden werden müssen – was wiederum Baselland direkt betreffen wird. Das letzte Mal war beispielsweise stark umstritten, ob die Universität der Stadt oder dem Kanton gehören soll. Wiederholt sich diese Diskussion – beispielsweise - beim Stadttheater, den BVB oder bei den Museen?

Eine Herkulesaufgabe?

Zu bedenken ist grundsätzlich, dass zwei Kantone zu fusionieren wären, die sich zwar gesellschaftlich und kulturell nahestehen und die in diesen Bereichen glücklicherweise immer mehr zusammenwachsen, doch strukturell nach wie vor stark von einander abweichen. Basel-Stadt ist (vorwiegend) Stadtkanton, Baselland Agglomerations- und

Landkanton mit einem neu aufgenommenen Bezirk Laufental sowie mit Gemeinden, die sich wiederum in ihrer Grösse und Finanzkraft stark unterscheiden. Es kommt hinzu, dass Baselland ohnehin beträchtliche Hausaufgaben zu lösen hat, einerseits im Haushaltssektor und andererseits im Verhältnis zwischen Kanton und Gemeinden. Diese Ausgangslage stellt für die Fusion eine grosse Herausforderung dar, die nicht zu unterschätzen ist. Denn im Fusionsprozess müssten gleichzeitig inner- wie zwischenkantonal und miteinander verwobene, heikle politische und konfliktreiche Probleme gemeistert werden. Eine Herkulesaufgabe?

Zusätzliche Konfliktlinie

Im Baselbiet würde die Parteienlandschaft durch eine zusätzliche Konfliktlinie „angereichert“, vor allem bei der FDP und der CVP, möglicherweise auch bei der SP und der BDP. Fusionsfreunde und Fusionsgegner suchen ein gemeinsames Kontaktgremium, das die herkömmliche Parteizugehörigkeit überspielt und die betroffenen Fraktionen zu spalten droht. Vor allem aber ist damit zu rechnen, dass die Partnerschaft (weiterhin) während längerer Zeit stagniert. Diese neue Konfliktlinie wird mehr oder weniger auch entlang der (fliessenden) Grenze zwischen unterem und oberem Kantonsteil verlaufen, was meines Erachtens im Baselbiet eher zu einer Lähmung führen würde – statt zu einer dringend nötigen Aufbruchstimmung. Es wäre wohl auch zu erwarten, dass das politische Klima rauher (um nicht zu sagen vergiftet) wird, weil gewisse Fusionsgegner eine EU-Debatte im Taschenformat führen werden (Heimat und Selbständigkeit gegen Anpasser und Heimatmüde).

Staatspolitische Probleme

Der fusionierte Kanton vermöchte zweifellos einige Probleme einfacher und effizienter zu bewältigen. Doch längst nicht alle! So werden weiterhin Auseinandersetzungen zwischen den Lasten für öffentliche Dienstleistungen, welche die Stadt zu tragen hat, und einer Lastenbeteiligung der Agglomerationsgemeinden stattfinden, wie sich etwa in Zürich exemplarisch zeigt. Der Kanton wäre drei- oder viergeteilt: in eine mächtige Stadt, einen wohlhabenden Agglomerationsgürtel, das mittlere und obere Baselbiet sowie das Laufental. Diese Konstellation wirft wiederum Fragen auf, etwa nach Minderheitsrechten, denn die Gefahr ist nicht von der Hand zu weisen, dass unteres Baselbiet und Stadt zusammen den übrigen Kantonsteil marginalisieren und regelmässig überstimmen könnten. Entsprechende Ängste werden jedenfalls sicher thematisiert werden.

Kein Kanton Nordwestschweiz

Schliesslich wird eines nicht erreicht: ein einheitlicher Wirtschafts-, Lebens- und Arbeitsraum Nordwestschweiz. Wenn heute „erhofft“ wird, die Fusion sei nur ein Zwischenschritt zu einem Kanton Nordwestschweiz, so kommt darin eine grosse Portion Naivität zum Ausdruck. Denn unsere Nachbarkantone Solothurn und Aargau werden das Schwarzbubenland und das Fricktal nie „freundeidgenössisch“ abtreten. Wenn schon müsste dies im Rahmen einer Bundesstaatsreform auf eidgenössischer Ebene erfolgen. Dafür sprechen zwar gute Gründe, doch sind wir davon noch weit entfernt. Auch ist zu bedenken, dass die Fusion zuerst einmal der Gewährleistung der beiden jetzt vorgeschlagenen Verfassungsänderungen durch die Bundesversammlung und dann später der Zustimmung durch Bundesversammlung sowie von Volk und Ständen bedarf.

Diese ist alle andere als sicher, denn eine Kantonsfusion hat es noch nie gegeben und weckt Befürchtungen, vor allem hinsichtlich einer möglichen Signalwirkung. Wird diese gar mit einer Erweiterung auf die ganze Nordwestschweiz begründet, so dürfte die Ablehnung gewiss sein...

Für einen neuen Partnerschaftsschub!

Diese aus der Erfahrung gewonnenen kritischen Einwendungen stellen kein definitives Plädoyer gegen eine Fusion dar. Doch sie bezwecken zweierlei: Einmal sollen sie zu einer sachgeprägten und realistischen Diskussion anregen, in der Aufwand und Ertrag abgewogen werden können. Die Fusion ist kein Spaziergang! Zum Anderen sollten auch Alternativen geprüft werden, die zwischen dem Status quo und einer Fusion liegen und konkret (nicht nur auf der abstrakten und geduldigen Verfassungsebene) in absehbarer Zeit, mit geringeren Kosten und höherer Realisierungschance weiterführen würden. Warum nicht endlich die Partnerschaft vorantreiben, indem beide Regierungen eine umfassende Auslegeordnung vornehmen, die zu einem verbindlichen und demokratisch legitimierten Partnerschaftskonzept führen müsste? Warum nicht neue gemeinsame Institutionen schaffen, etwa in den Bereichen des öffentlichen Transportes, des Spitalwesens, des Schulwesens? Warum nicht gewisse Ämter zusammenlegen, ja eine gemeinsame höchste Gerichtsinstanz bilden? Die Partnerschaft ist nicht ausgereizt, man muss sie nur wollen! Vielleicht liegt das Verdienst der Fusionsinitiativen darin, dass sie bei Parlamenten, Regierungen und Parteien diesbezüglich Druck ausüben....